

XIX. GP.-NR
1791 /J
1995 -07- 14

ANFRAGE

der Abgeordneten Kaipel, *Wimmer, Dietachmayr*
und Genossen
an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten
betreffend illegale Beschäftigung auf Österreichischen Baustellen

Auch wenn es - was in der Natur der Sache liegt - keine genauen Zahlen über das Ausmaß der illegalen Beschäftigung am Bau gibt, ist das Phänomen selbst wohl nicht wegzuleugnen. Es ist besonders problematisch, wie man illegale Beschäftigungen für einen bestimmten Zeitraum nachweisen kann. In Gesprächen mit Leuten aus der Praxis, hören wir immer wieder, es mangle bei der Aufdeckung der illegalen Beschäftigung hauptsächlich an der Umsetzung und an der Kontrolle der Gesetze, also an deren Vollziehung. Um die illegale Beschäftigung am Bau in den Griff zu bekommen, scheint es, muß man die Kontrolle der Baustellen ausweiten und effizienter gestalten.

Bauarbeiten werden von sogenannten "Generalunternehmern" an sogenannte "Subunternehmer" vergeben. Bei diesen "Subunternehmern" besteht keine gesetzliche Pflicht zur Kontrolle der Arbeitsgenehmigungen durch den Auftraggeber (Generalunternehmer). Erfahrungsgemäß beschäftigen die "Subunternehmer" häufig Arbeiter, die nicht sozialversichert sind und unter den Kollektivvertragsbedingungen entlohnt werden, also illegal beschäftigt sind. Bei diversen Stichproben waren nur rund 50% bei der Bauarbeiter-Urlaubskasse gemeldet. An den Wochenenden dürfte fast nur schwarz gearbeitet werden.

Was die illegale Beschäftigung für den Arbeitsmarkt, den Staatshaushalt und die Sozialversicherung bedeutet, muß hier nicht erläutert werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten folgende

ANFRAGE

1. Wieviele Unternehmen wurden in den Jahren 1990 bis 1995 aufgrund illegaler Beschäftigung im Wege von Verwaltungsstrafverfahren bestraft?
2. In welcher Höhe beliefen sich die Strafen?

3. Finden Sie die verhängten Strafen für ausreichend und abschreckend?
4. Welche Maßnahmen werden Sie setzen um illegale Beschäftigung zu verhindern?
5. Welche Präventivmaßnahmen zur Bekämpfung illegaler Beschäftigung könnten Sie sich vorstellen?
6. Sehen Sie Möglichkeiten effektive gesetzliche Regelungen zu schaffen?